

Verordnung zu Herkunftskennzeichnung bei Rindfleisch & Eiern würde gewaltigen Fortschritt zur Verhinderung von Tierleid bringen

Utl.: Verpflichtende Transparenz in Gemeinschaftsverpflegung könnte zu Ende des Imports von über 600 Millionen Käfigeiern und des Exports von über 50.000 Kälbern führen =

Wien (OTS) - Weniger als 48 Stunden nach Ende des erfolgreichen Tierschutzvolksbegehrens, das von über 416.000 Menschen trotz Lockdown unterschrieben wurde, setzt die Bundesregierung erste Schritte zur Umsetzung seiner Forderungen. Das vielleicht wichtigste Instrument zur systemischen Transformation in Richtung einer tier- und klimafreundlichen Landwirtschaft, ist die verpflichtende Transparenz bei Lebensmitteln. Diese würde sicherstellen, dass Konsument*innen auf einen Blick erkennen woher das Essen wirklich stammt, das ihnen aufgetischt wird. Nur so können sie sich für regionale, tier- und klimafreundliche Lebensmittel entscheiden und der importierten Massentierhaltung eine Absage erteilen.

Über 600 Millionen Eier jährlich werden aus der bei uns bereits verbotenen Käfighaltung aus Ländern wie der Ukraine und Indien importiert, um in der Gemeinschaftsverpflegung unerkannt aufgetischt zu werden. Sie stecken im Kaiserschmarrn auf der Skihütte, in der Eierspeis im Altenheim und im Kuchen in Schulkantinen. Auch das Fleisch von gequälten Kälbern, die mit Palmöl in Holland oder Spanien gemästet wurden, landet ohne Deklaration auf den Tellern, während über 50.000 heimische Kälber ins Ausland verscherbelt werden, weil sie hier keinen Absatz finden. Konsument*innen würden sowas nicht bestellen, wenn sie wüssten was drinsteckt.

„Wir freuen uns sehr, dass Bundesminister Anschöber den Wunsch der Bürger*innen ernst nimmt und unmittelbar nach dem Votum gegen Massentierhaltung in die Umsetzung kommt. Die Verordnung zur Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung ist ein ganz zentraler Schritt. Wie im Regierungsprogramm vereinbart, muss die Gastronomie als private Gemeinschaftsverpflegung davon umfasst sein. Gerade jetzt, wo so viel Steuergeld in Bewegung ist, sollte dieses auch zur Förderung von Tierwohl, Naturschutz und der Absicherung unserer heimischen, kleinbäuerlichen Landwirtschaft eingesetzt werden“ so Volksbegehren-Sprecher Sebastian Bohrn Mena.

Es gibt nach Ansicht des Tierschutzvolksbegehrens kein nachhaltigeres Konjunkturprogramm für den Landwirtschafts-Standort Österreich, als regionale und ökologische Wirtschaftskreisläufe zu fördern. Mehr Transparenz beim Essen führt zu mehr Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln, damit zu einer Absicherung der heimischen Produktion. Gerade in der Krise wird das Bauernsterben angeheizt, viele Landwirte kämpfen ums Überleben. Nicht nur ihnen, sondern auch der Tourismusion insgesamt wäre geholfen, wenn Österreich zum Vorzeigeland der Transparenz und Regionalität würde:

„Die heimischen Bauern wollen nicht noch mehr Abhängigkeit von Fördergeldern, sie brauchen faire Preise für ihre ehrliche Arbeit. Nur die Herkunftskennzeichnung ermöglicht es ihnen diese Preise am Markt zu erhalten, weil Konsument*innen dadurch endlich in die Lage versetzt werden sich an die Seite der Produzent*innen zu stellen. Dem Betrug am Teller muss endlich Einhalt geboten werden und die vorbildlichen Gastronomiebetriebe, die aus gutem Grund auf Qualität aus Österreich greifen, dafür belohnt werden. Wir hoffen, dass Landwirtschaftsministerin Köstinger sich nun gegen ihre Parteifreunde in der Industrie durchsetzt und den Mut aufbringt, diesen Weg zu unterstützen" so Bohrn Mena abschließend.

~

Rückfragehinweis:

Tierschutzvolksbegehren I +43 660 703 88 64

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/31514/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0041 2021-01-27/09:15

270915 Jän 21

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210127_OTS0041